

Verantwortlicher Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt

Annahme von Anzeigen Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Abend-Ausgabe.

Ein agrarischer Getreidespekulant als Moralist.

An der Unruhe und Eile der dritten Verhandlung des Börsengesetzes hat eine Lobrede, welche ein Kollege des Herrn von Büß, nämlich Graf von Schwerin-Löwis, der bekannte "Verbesserer" des Antrags kam, auf den Terminhandel in Getreide gehalten, nicht die Beachtung gefunden, die sie verdient.

zweiten Entwurfs gegenüber Stellung zu nehmen. Außerdem wird ein Antrag des Vereins für weibliche Angestellte Berlin, auf Forderung eines schriftlichen Lehrvertrages für mindestens die Dauer eines Jahres und Behandlung aller Gehältern unter 16 Jahren als Lehrlinge, welcher als im Interesse der Gehältern dringend begründet wird, angenommen; desgleichen ein Antrag des Herrn Mittnacht (Münch), wonach mindestens das Krankengeld vom Gehalt nicht abgezogen werden darf, wenn der Gehältere die Beiträge zur Krankenkasse selbst bezahlt.

Weiter wurde folgende Resolution zum Beschluß erhoben: "Der Deutsche Verband kaufmännischer Vereine erneuert seinen Beschluß vom 10. Juni 1895, wonach die Unterstellung des Handelsgewerbes unter die Reichsgerichte entschieden abzulehnen, vielmehr die reichsgerichtliche Einrichtung von Sondergerichten zur Schlichtung von Streitigkeiten aus dem kaufmännischen Anstellungsverhältnis zu erörtern ist. Im übrigen ist als ganz besonders wichtig zu betonen, daß die kaufmännischen Schiedsgerichte in erster Linie als Vergleichs- und Einigungsamt dienen sollen, vor welches jede Streitigkeit aus dem kaufmännischen Anstellungsverhältnis vor ihrer anderweitigen Austragung gebracht werden muß. Die Forderung der Ausstattung dieser Gerichte mit gerichtlichen und antragstellenden Befugnissen zu Untersuchungen des Gehälternstandes im Handelsgewerbe auf öffentlich-rechtlicher Grundlage wird gleichfalls dringend erneuert."

Die Vorschläge des Referenten lassen sich dahin zusammenfassen: I. Besetzung mit mindestens einem Prinzipal und einem Gehältern, unter einem keinen dieser beiden Verne angehörigen, rechtskundigen Vorgesetzten. II. In getrennten Wahlgängen erfolgende Wahl der Vorgesetzten und dreijähriger Amtsdauer aus dem Kreise der im Handelsregister eingetragenen, mindestens 30 Jahre alten und mindestens 1 Jahr im Amtsbereich des Gerichtes als Angestellter im Handelsgewerbe anständigen Handlungsgehältern. Personen, welche zur Besetzung des Amtes eines Gehältern unfähig sind, wären auszuscheiden. Die Ausübung des Wahlrechtes müßte an dieselben Bedingungen geknüpft werden mit der Maßgabe, daß das 25. Lebensjahr zurückgelegt sein muß. III. Anschließung an die Amtsgerichte. Zuständigkeit wie diejenige der Amtsgerichte, bis zur Höhe der Streitsumme von 300 Mark und auf Vereinbarung beider Parteien auch darüber hinaus. Für das Verfahren, Anordnung der für das amtsgewerbliche Verfahren geltenden Vorschriften der Zivilprozessordnung. Für die Berufung das für die Amtsgerichte gültige Verfahren mit Beschränkung des Berufungsrechtes auf die Fälle mit einer den Betrag von 100 Mark übersteigenden Streitsumme.

Deutscher Verband kaufmännischer Vereine.

△ Berlin, 9. Juni.

Gestern und heute fand hierberth die Jahresversammlung des deutschen Verbandes kaufmännischer Vereine statt, anwesend waren 90 Delegierte mit 117 Stimmen, welche 57 Vereine aus allen Gegenden Deutschlands vertraten. Der Antrag des Vereins Braunschweig und 17 anderer Vereine, welchen der Vorstand zu seinem Antrag gemacht hatte, betreffend Ausschluss des Vereins kaufmännischer Angestellter zu Frankfurt a. M. aus dem Verband, weil er sich auf den Standpunkt des Klassenkampfes der Handlungsgehälternschaft gegen die Prinzipale stellt, wurde nach mehrstündiger Beratung mit 78 Stimmen gegen 27 Stimmen, bei Stimmenthaltung von 10 Stimmen, angenommen. Die Beratung der Vorschläge der Reichs-Kommission für Arbeiter-Statistik, betreffend die Arbeitszeit, Kündigungsfristen und Lehrlingsverhältnisse im Handelsgewerbe, wurde durch ein Verbot des Herrn S. Pfleger (Apolda) namens des Vorstandes eingestellt. Nach mehrstündiger Beratung wird beschlossen, sich für eine einheitliche Lebenslaufsumme von 8 Uhr, an Sonnabenden und Vorabenden von Festtagen um 10 Uhr auszusprechen. Sehr eingehend wurden die Fragen wegen Abänderung des Allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuches, sowie die Vorschläge der Reichs-Kommission für Arbeiter-Statistik, betreffend die Anstellungsverhältnisse und die sogenannten Konkurrenz-Laufeln im Handelsgewerbe verhandelt. In Bezug auf diese beiden Fragen wird eine einstimmige Regelung für Ladungsgüter abgelehnt, es werden vielmehr allgemeine gesetzliche Bestimmungen für das gesamte Handelsgewerbe gefordert. Insbesondere werden verlangt: Schriftlichkeit des Lehrvertrages, Kündigung vom Lehren eines Monats auf den ersten des nächstfolgenden Monats im Falle des vertraglichen Ausschlusses der handelsgerichtlichen Kündigung, Weiterzahlung des Gehaltes bis zu 6 Wochen im Falle einer nicht freiwilligen Dienstlösung, Ausschluß der Entlassung bezw. Kündigung während der Dauer derselben, Zeugniszwang, Gleichgestaltung der Gründe für sofortige Entlassung für beide Theile. Zur Frage der Konkurrenzlaufeln wird Ablehnung der Vorschläge der Reichs-Kommission für Arbeiter-Statistik und Forderung einer Regelung dieser Frage für das gesamte Handelsgewerbe empfohlen. Im Einzelnen soll gefördert werden: 1. Die Konkurrenzlaufeln muß in einer den bestehenden Verhältnissen und Bedingungen des betreffenden Geschäftszweiges angemessenen Weise räumlich und zeitlich begrenzt sein; 2. der Prinzipal soll zu einer Gegenleistung in Höhe von mindestens der Hälfte des Gehaltes für die Dauer der Konkurrenzlaufeln verpflichtet sein; 3. die Konkurrenzlaufeln soll nur bei Gehältern, mit mehr als 3000 Mark Gehalt, angewendet werden dürfen; 4. die Konkurrenzlaufeln erlischt, wenn die vorgelegene Konventionalstrafe bezahlt ist; 5. die Konkurrenzlaufeln darf den Gesamtbetrag der dem Prinzipal für die Dauer der Laufeln auferlegten Gegenleistung nicht übersteigen; 6. gegenseitige Verabredungen sind nichtig.

Verr Geh. Ober-Regierungsrath Dr. Hoffmann vom Reichs-Justizamt macht die Mitteilung, daß ein Gesetzentwurf betreffend Abänderung des Allg. deutsch. Handelsgesetzbuches in einigen Wochen veröffentlicht werden würde und deshalb das Ergebnis der heutigen Verhandlungen dabei nicht mehr berücksichtigt werden könne, daß aber den Wünschen des Verbandes, wie es ja auch bisher schon gewesen, bei den weiteren Verhandlungen in dieser Frage thunlichst weitgehend Rechnung getragen werde. (Lebhafte Beifall.) Auf Grund eingehender Beratungen wird beschlossen: den Vorstand zu ermächtigen, im Sinne der gütigen und heutigen Ausführungen, soweit sie durch die getrigte Beschlußfassung noch nicht erledigt sind, erforderlichen Falles den

mon attachement et mon amour inaltérable pour votre armée et pour la Garde. Diese Worte sind mir unaufrichtig in meinem Herzen geblieben, und ich blicke mit Stolz und Dankbarkeit auf jene Zeit zurück.

Seine Majestät der jetzt regierende Kaiser haben die Gnade gehabt, bei Seiner Thronbesteigung dieses Regimente unter die Zahl der Leibgarde-Regimenter aufzunehmen und mir am heutigen Tage ein außerordentlich gnädiges und freundliches Telegramm zu schicken des Inhalts, daß Er seine Glückwünsche denen der Deputation des Regiments hinzufüge und daß Er zu gleicher Zeit befohlen habe, Meinen ältesten Sohn a la suite des Regiments zu stellen. In dem Ich für die neue Auszeichnung danke und Ihnen meine Freude ausspreche, Sie hier im Auftrage des Jaren bei Mir zu sehen, erhebe Ich Mein Glas auf das Wohl Seiner Majestät des Jaren und Meines schönen Grenadier-Regiments: Seine Majestät und das Regiment: Hurrah! Hurrah! Hurrah!

Der Kaiser trug bei der Tafel russische Uniform. In Erwiderung der Beileidsbezeugungen des deutschen Kaisers gelegentlich des Todes Jules Simon's hat der Präsident Faure an den deutschen Kaiser ein Telegramm folgenden Wortlaut geschickt: "Frankreich wird empfindlich sein für die Gefühle, deren Ausdruck Eure Majestät aus Anlaß des Todes eines seiner ausgezeichnetsten Söhne an mich gelangen ließen. Ich bitte Eure Majestät, den Ausdruck meines vollsten Dankes entgegenzunehmen. Felix Faure."

Ueber das Befinden des Königs von Sachsen lesen wir im "Dressd. Journ.": "In den 'Dressdener Nachrichten' vom 6. Juni sind über das Befinden des Königs ungünstige Mittheilungen verbreitet worden, die, wie uns von zuverlässiger Seite behauptet wird, ohne Begründung entbehren. Der König war allerdings vor einiger Zeit unwohl, jedoch ist das Unwohlsein gegenwärtig vollständig gehoben. Derselbe erhebt sich des besten Wohlbehindens und verbringt täglich mehrere Stunden auf der Jagd in den Sibirien- oder Neudorfer Revieren. Die ursprünglich geplante Reise nach England und der Aufenthalt in einem Seebad ist deshalb aufgegeben, weil es für die Königin vorteilhafter erscheint, einen anderen Kurort aufzusuchen. Der königliche Leibarzt ist nicht wiederholt nach Sibirienort berufen worden, sondern nur einmal zur Konsultation dajelbst gewesen."

Der "Sächs. Jg." wird das unliebsame Vorkommniß beim Gartenfest des Deutschen Reichsvereins in Moskau mit dem Bemerkten beifällig, Prinz Heinrich selbst habe sich an den Vizepräsidenten des Vereins gemeldet und ihn erwidert, einen Toast auszubringen, indem er ihn fragte, ob er darauf vorbereitet sei. Der Vizepräsident verneinte, da derselbe indeß als redigiert bekannt ist, ermunterte ihn Prinz Heinrich, worauf er sofort das Wort ergriff. Der Korrespondent der "Sächs. Jg." verliert, die markire Anekdote, sowie das breite Verweilen des bairischen Prinzen bei dem Ausbruch, die deutschen Fürsten seien wieder Basallen, noch Folge des Kaisers, sondern seien gleichberechtigte Bundesgenossen, habe einen Miston in das sonst sehr hübsche und fröhliche Gartenfest gebracht.

Weiter wird aus München geschrieben: "Die Anekdote des Prinzen Ludwig in Moskau erregt hier in politischen Kreisen großes Aufsehen. Die offizielle 'Augsb. Abendzeitung' schreibt: Nicht nur in Bayern, sondern allenthalben, wo man die verfassungsmäßigen bundesstaatlichen Grundlagen des Reiches zu schätzen und anrecht zu erhalten gewillt ist, wird die energische, den Standpunkt des Partikularismus während und doch zugleich von warmem deutsch-patriotischen Gefühl durchwehte Kundgebung des Prinzen freudig aufgenommen. Dem Moskauer Präsidenten aber, der durch seine Förmlichkeit dem Kaiser in nicht geringer Verlegenheit gebracht haben mag, ist diese Aktion über deutsches Verfassungsrecht wohl zu gönnen. Die hiesigen 'Neuest. Nachr.' äußern sich folgendermaßen: Das gerade Prinz Ludwig, der bei verschiedenen Anlässen seiner lokalen Anhänglichkeit an den Reichsgedanken Ausdruck gegeben hat, im Ausland und inmitten zahlreicher zum Bankett erschienenen Fürsten sich zu jenem Protest veranlaßt gesehen hat, mag, falls die vorliegenden Nachrichten im Einzelnen richtig sind, als neuer Beweis für die Empfindlichkeit gelten, womit in den herrschenden Kreisen Baierns partikuläre Sonderstellung im Reichverbande gehütet wird."

Die durch die Presse gehende Mittheilung, daß der Herr Justizminister sich zu dem Grundsatze bekennend, nicht mehr jüdische Richter anzustellen, als dem Verhältnis der christlichen zur jüdischen Bevölkerung entspreche, hat mehrfach zu Einweisen auf den Artikel 4 der preussischen Verfassung geführt. Man will aus der Bestimmung, daß die öffentlichen Ämter unter Einhaltung der von dem Gesetze festgestellten Bedingungen für alle dazu Befähigten gleich zugänglich sind, die Unvereinbarkeit jenes Grundgesetzes mit dem Verfassungsrecht herleiten. Dem gegenüber mag es von Interesse sein, was der bekannte Staatsrechtslehrer von Kömne, bekanntlich ein liberaler Doktrinär reinen Wassers, über den Sinn des Artikels 4 sagt. Nachdem er ausgeführt hat, daß auf Grund desselben jeder Preuze ohne Unterschied des Standes sich um die öffentlichen Ämter bewerben und sie erlangen kann, spricht er mit bündigen Worten aus, daß aus diesem Bewordungs- und Erlangungsrechte nicht die Verbindlichkeit der Staatsregierung folge, dem Bewerber um ein Amt dasselbe zu verleihen, sondern daß ihm rechtlich gegenüber steht die Befugniß der Regierung, jeden Dienstbewerber, wenn dessen Befähigung auch anzuerkennen ist, zu übergehen. Der Artikel 4 verbietet nach seiner Auffassung direkt nur, ganze Kategorien von Personen, welche das Gesetz nicht ausschließt, im Wege der Verordnung ein für allemal von der Befähigung öffentlicher Ämter auszuschließen. Er verbietet aber auch seinem Sinne und Geiste nach eine Auswahl unter mehreren gleichberechtigten Bewerbern nach sachlichen Rücksichten, wie z. B. das Ansehen der Justiz und das Vertrauen der Bevölkerung zu derselben, nicht entgegen. Jedenfalls ist anzunehmen, daß der Artikel 4 die Befugniß des Königs rechtlich nicht beschränkt,

jeden Dienstbewerber, wenngleich dessen Befähigung nicht zu bezweifeln ist, dennoch zu übergehen.

Wie über Kapstadt aus Deutsch-Südwestafrika gemeldet wird, geht Major Leutwein gegen die Aufständischen mit allem Nachdruck vor. So hat er auf den Kopf des Kabinemarschalls und des Herodotus-Königs einen Preis von 1000 bzw. 3000 Mark gesetzt. Major Müller ist als Kommandant in Windhoek zurückgeblieben und hält die Verbindung mit der Küste aufrecht. In Swakopmund sind von dem Kreuzer "Seeadler" vierzig Mann gelandet, anscheinend um die Landungsstelle für die von Hamburg am 1. Juni abgegangene Verstärkung zu decken.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 9. Juni. Ein als Landmann verkleideter russischer Offizier, der der Spionage verdächtig war, wurde gestern in Lemberg verhaftet.

Wien, 9. Juni. Im Budgetausschusse der österreichischen Delegation fand nach dem Erscheinen des Ministers des Aeußern Grafen Soluchowski eine lebhafte Diskussion statt. Kramar sprach sich für ein Zusammengehen mit Rußland in der Orientpolitik aus und bemängelte das starke Bestehen des Dreibundes in der Thronrede. Burmann, Barthelemy und Aug traten aufs wärmste für den Dreibund ein, der die beste Gewähr des Friedens sei; Jedwem empfahl vorrätiges Vorgehen bei Mächtigkeiten zum Schutze der Christen in der Türkei, da ein allzu nachdrücklicher Schutz erfahrungsgemäß den Christen nur nachtheilig sei. Der Minister des Aeußern Graf Soluchowski, welcher zweimal das Wort ergriff, wies zunächst in Verantwortung einer Anfrage Kramar's die Annahme zurück, als ob aus den intimen Beziehungen der Dreibundmächte geschlossen werden könnte, daß das Verhältnis Oesterreich-Ungarns zu anderen Mächten, speziell zu Rußland gelitten habe. Der Minister wies auf die in dem Erscheinen gemachten Ausführungen hin und sagt, der Jaden, von dem Kramar gesprochen habe, sei keineswegs gerissen, sondern besetzt nach wie vor. Auf die Anfrage Kramar's, ob der Dreibund erneuert werden solle, erwiderte der Minister, daß die Nothwendigkeit einer Erneuerung des Bündnisvertrages, dessen Text im Jahre 1888 veröffentlicht wurde, bisher nicht vorgelegen habe, da derselbe von selbst fortlaufe. Damit entfallen alle jene Konsequenzen, welche aus einer etwa stattgehabten Erneuerung gezogen werden könnten. Betreffs der Beziehungen zu Serbien erklärte der Minister, daß sich Kramar im Irrthum befindet, wenn er annehme, daß diese Beziehungen schlecht seien. Der Minister wies die Ausführungen dieses Delegierten über das Verhalten der ungarischen Behörden gegenüber der serbischen Schwelmeausfuhr als ungerechtfertigt zurück. Bezüglich der Frage über die Stellung der österreichisch-ungarischen Politik in Hinsicht der englisch-deutschen Differenzen erwiderte der Minister, daß Oesterreich-Ungarn sich in diese Differenzen überhaupt nicht einzumischen hatte, so sehr es auch wünsche, daß diese beiden großen Staaten miteinander in gutem Einvernehmen leben; ebenso wenig habe bisher ein Anlaß vorgelegen, zu einem angeblichen Interessengegenstände zwischen Rußland und England irgendwie Stellung zu nehmen. In Erwiderung auf eine Frage des Delegierten Burmann sprach Graf Soluchowski aus, daß die Hervorhebung des festen zielbewußten Auftretens des Dreibundes in der Thronrede nicht so gedeutet werden könne, als ob mit den Verbündeten Oesterreich-Ungarn ein spezifisches Programm betreffs der österreichisch-ungarischen Orientpolitik bestände. Der Dreibund sei zur Erhaltung des Friedens bestimmt, und es sei selbstverständlich, daß Oesterreich-Ungarn sich mit seinen allernächsten Freunden über Schritte zur Erhaltung des Friedens zunächst verständige. Eine Feststellung über eine positive Orientpolitik, welche sich auf die Wahrung der Interessen einzelner Teilnehmer bezöge, würde dem definitiven Charakter des Bündnisses widersprechen, wenn auch jeder Teilnehmer nicht nur betreffs der Erhaltung des Friedens, sondern überhaupt in Bezug auf seine Politik auf die Freundschaft und Unterstützung seiner Bundesgenossen zu zählen berechtigt sei. Bezüglich der Anregung des Abgeordneten Kramar betreffend die schiedsrichterliche Austragung internationaler Differenzen erklärte der Minister, daß er diesen Vorschlag sympathisch gegenüberstehe, jedoch die Zeit noch nicht für gekommen erachte, um die Frage in Angriff zu nehmen. Außerdem wiederholte der Minister nochmals, daß keineswegs eine Abänderung der Bündnisverträge der Grund war, weshalb in der beschließigen Thronrede das Bündnisverhältnis auf's neue betont wurde, daß dies vielmehr deshalb geschehen sei, weil er die Basis der österreichisch-ungarischen Politik festzustellen für nöthig erachtete, unter anderem auch mit Rücksicht auf verschiedene Zeitungsstimmen, welche von einer Lockerung des Bündnisverhältnisses zu erzählen wußten. Bezüglich Bulgariens hob der Minister hervor, daß Oesterreich-Ungarn niemals gewünscht habe, daß sich Bulgarien gegen Rußland feindlich stelle. Die österreichisch-ungarischen Interessen seien sonst durch ein korrektes und freundschaftliches Verhältnis zwischen Bulgarien und Rußland nicht gefährdet. Betreffs der Stellung in Interessensfragen, von denen der Abgeordnete Kramar sprach, hebt der Minister nur so viel hervor, daß man bei einer solchen Stellung würde zugeben müssen, daß in einem Theile der Balkanländer eine Macht nach Willkür walte, wogegen man sich die gleiche Freiheit in einem anderen Theile vorbehalten würde. Das sei aber eben, was die Regierung nicht wolle. Sie wolle lediglich die Selbstständigkeit dieser Länder. (Lebhafte Zustimmung.) Der Berichterstatter Dumba erklärte darauf, sowohl von der Thronrede als von den Erklärungen des Ministers in hohem Grade befriedigt zu sein und schloß mit den Worten: Wir beglückwünschen den Minister zu der energischen und erfolgreichen Friedenspolitik, welche derselbe gleich im ersten Jahre seiner Amtsfähigkeit entwickelt hat, und wir sprechen ihm auf diesem Wege unser volles Vertrauen aus."

Wien, 9. Juni. Ein als Landmann verkleideter russischer Offizier, der der Spionage verdächtig war, wurde gestern in Lemberg verhaftet.

Frankreich.

Paris, 9. Juni. Der Deputirte Grand

hilt heute bei der Uebernahme des Vorsitzes in der Zollkommission eine Rede, in welcher derselbe erklärte, er werde der treue Hüter der Traditionen und der Lehren Melne's sein. Redner

hob sodann die günstigen Resultate des Zollregimes von 1892 hervor und fügte hinzu, die Tarife können und müssen abgeändert werden, denn dies sei ein Gebot der Nothwendigkeit, doch dürften die Abänderungen nur nach reiflicher Erwägung geschehen. Der Redner schloß mit der Bemerkung, man müsse sich bemühen, der Ausfuhr einen neuen Aufschwung zu geben.

Paris, 9. Juni. Deputirtenkammer. Der Ministerpräsident Melne brachte eine Kreditforderung zum Zwecke der feierlichen Bestattung Jules Simons auf Staatskosten ein; die Forderung wurde mit 351 gegen 45 Stimmen bewilligt.

Im Senat hielt der Präsident Saubet eine Ansprache zum Gedächtniß Jules Simons. Die Kreditforderung für die Bestattung Simons auf Kosten der Republik wurde hierauf vom Senate angenommen und alsdann die Sitzung zum Zeichen der Trauer geschlossen.

Die Bureauz des Senats wählten heute die Finanzkommission; die Mehrheit der Kommission ist dem Reformvorschlage Cochery's über die direkten Steuern günstig gesinnt.

Italien.

Rom, 9. Juni. Nach amtlichen Berichten begruben die eben zurückgekehrten italienischen Genietruppen auf dem Schlachtfelde von Adria 3001 Weiße und 605 Schwarze. 10 Leichen waren unzufällig. Von den übrigen waren nur noch Skelette vorhanden und zwar wurden je 25 Skelette in einem Grabe beigelegt. Alle Leichen waren entleert.

Rußland.

Petersburg, 9. Juni. Der Gouverneur der Provinz Wilna, General Fresse, ist zum Gehältern des Chefs des Gendarmenkorps ernannt worden.

Afrika.

Kairo, 9. Juni. Meldung des "Neueren Bureau's". General Kitchener läßt die Infanterie von Firket aus vordringen, um Suarda zu halten, dessen Einnahme die Egyptianer zu Herren des Nils im Norden dieser Stadt macht. Die gesamte Streitmacht der Derwische im Norden von Suarda ist getödtet oder gefangen worden mit Ausnahme von ungefähr zweihundert Mann.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 10. Juni. Am 15. d. Mts. wird sich der durch Verordnung vom 6. Januar d. Js. ins Leben gerufene A r z t e k a m m e r - A u s s c h u ß in Berlin im Kultusministerium durch Wahl des Vorsitzenden und seines Stellvertreters konstituieren. Der Wahlakt wird in Vertretung des Medizinal-Ministers D. Dr. Basse durch dessen Kommissar, den Direktor der Medizinal-Abtheilung Dr. v. Barisch geleitet werden. Der Ärztekammer-Ausschuß, welcher seinen Sitz in Berlin hat, wird aus Delegirten der zwölf Ärztekammern gebildet und hat die Aufgabe, innerhalb der den Ärztekammern zugewiesenen Zuständigkeit eine vermittelnde Thätigkeit auszuüben, und zwar sowohl zwischen dem Medizinal-Minister und den Ärztekammern, als auch zwischen diesen untereinander. Insbesondere liegt ihm ob: 1. die Vorberathung der von dem Minister ihm überwiesenen Vorlagen; zu diesem Zweck hat er die Vorlagen den Ärztekammern zur Verathung und Beschlußfassung mitzutheilen, die Ergebnisse der Verathung und die Beschlüsse der Ärztekammern zusammenzustellen und unter Befugigung der Beschlüsse und der ihnen zu Grunde liegenden Verhandlung an den Minister gutachtlich zu berichten; 2. die Vorberathung der von einzelnen Ärztekammern oder von Mitgliedern des Ärztekammer-Ausschusses an ihn gerichteten Anträge; zu diesem Zweck hat er die Anträge den Ärztekammern zur Verathung und Beschlußfassung mitzutheilen, nach den Ergebnissen der Verathung die Anträge im Sinne der Mehrheit der gefassten Beschlüsse zu erledigen und hiervon die Ärztekammern zu benachrichtigen. Die Vernehmung des Ärztekammer-Ausschusses erfolgt, so oft es die Lage der Geschäfte erfordert, jährlich jedoch in der Regel wenigstens einmal. Bei dieser Organisation darf man hoffen, daß der Ärztekammer-Ausschuß, welcher sich als ein neues Glied in der Entwicklung und Ausgestaltung der ärztlichen Ständevertretung darstellt, mit dazu beitragen wird, die Geschäfte der Medizinal-Verwaltung fördern zu helfen.

Für die Frage, ob und inwiefern die Bestimmungen über die Sonntagsruhe auf die Spediturgeschäfte Anwendung finden, muß nach den neuerdings ergangenen gerichtlichen Entscheidungen unterschieden werden, ob der Speditur das Spediturgewerbe (Art. 379 des Handelsgesetzbuchs) oder das Gewerbe eines Frachtführers (Art. 370 des Handelsgesetzbuchs) betreibt. Das Spediturgewerbe ist ein Handelsgewerbe und unterliegt deshalb der Bestimmung u der Sonntagsruhe, das Gewerbe des Frachtführers ist ein Verlehrs- und deshalb den Bestimmungen über die Sonntagsruhe nicht unterworfen. Im Spediturgeschäfte sind als Einrichtungen des Spediturgewerbes anzusehen und deshalb nur während der in der Verordnung vom 20. Juni 1892 über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe zugelassenen Beschäftigungszeit gestattet: Die Bureauarbeiten, soweit dieselben sich nicht unmittelbar auf den Transport von Gütern beziehen, und die in den Speichern zc. von den sogenannten Bodenarbeitern vorgenommenen Arbeiten, insbesondere die Verpackung der Güter, ihre Zusammenstellung zu Wagenladungen und ähnliche Arbeiten, welche der Speditur auszuführen läßt, bevor er die Güterbeförderung entweder selbst als Frachtführer übernimmt oder einem anderen Frachtführer überträgt. Dagegen unterliegt die Thätigkeit, welche lediglich den Transport von Gütern zum Gegenstand hat, an Sonn- und Festtagen nur den beschränkten Vorschriften, welche über die äußere Heiligung der Sonntags- und Festtage in Geltung sind.

Dem Abgeordnetenhaus ist der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Familienfideikommissionen in Neuvorpommern und Rügen, zugegangen. Der Zweck der Vorlage ergibt sich aus folgenden Sätzen der Begründung: Auf Fideikommissionen in Neuvorpommern und Rügen sind Hypotheken in der Art eingetragen, daß nur die Einkünfte haften sollen. Ihre Wirksamkeit erstreckt sich aber nur

